

Prof. Dr. Gabriele Clemens  
Jean Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte und Europastudien,  
Historisches Seminar, Universität Hamburg

Vortrag im Rahmen der Akademie der Wissenschaften  
**Die deutsche Frage und Europa**

Im Zuge der Euro-Krise war bzw. ist von deutschen Politikern immer wieder zu hören oder zu lesen, dass Deutschland in Europa eine besondere Verantwortung habe. So unter anderem in einem Beitrag (Leserbrief) von Burkhard Hirsch in der FAZ vom 3. Dezember diesen Jahres. Warum hat Deutschland diese besondere Verantwortung? Darauf werde ich in meinem folgenden Beitrag über die deutsche Frage und Europa eingehen. Die Antwort darauf liegt in der Entstehungsgeschichte sowohl der Bundesrepublik als auch des europäischen Integrationsprozesses, d.h. jenes Prozesses, der zur Bildung der heutigen EU führte.

Voranstellen möchte ich die These, dass ohne die Notwendigkeit der Lösung der deutschen Frage es nach dem Krieg vermutlich nicht so rasch und umfassend zur europäischen Einigung gekommen wäre und umgekehrt ohne die europäische Einigung die Bundesrepublik nicht so schnell zu einem – wenn auch begrenzt - souveränen Staat geworden wäre.

Was versteht man unter der deutschen Frage? Damit ist die Frage gemeint, was mit Deutschland, das in der Vergangenheit zwei Weltkriege verursacht hatte, nach diesem zweiten Weltkrieg geschehen sollte. Sollte Deutschland auf Dauer niedergehalten, unter Vormundschaft gestellt, vielleicht zerstückelt werden oder – Sie erinnern sich an den Morgenthau-Plan – in ein Agrarland umgewandelt werden, um sicherzugehen, dass von diesem Land niemals wieder ein Krieg ausgehen würde? Oder sollte Deutschland zu diesem Zwecke in ein vereinigtes Europa integriert werden? Das waren Fragen, mit denen sich bereits während des Krieges Widerstandsgruppen und Exilpolitiker in den europäischen Staaten auseinandersetzten und die auch die Siegermächte bewegten, die sich seit 1942/43 mit den Planungen für die Nachkriegszeit befassten.

In den westeuropäischen Widerstandsgruppen, die sich ab 1942 in den vom Deutschen Reich besetzten Ländern herausgebildet hatten, wurde diese Frage heftig diskutiert. Und man kam dort übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass allein die Integration Deutschlands in ein vereinigtes Europa langfristig den Frieden in Europa sichern sowie die politische und wirtschaftliche Rekonstruktion des Kontinents gewährleisten würde. Denn, so hieß es

beispielsweise in einer Schrift aus dem französischen Widerstand mit dem bezeichnenden Titel „Que faire de l’Allemagne“: „Deutschland stellt insgesamt einen viel zu großen Komplex im Herzen des Kontinents dar, und die Deutschen sind viel zu aktive und unternehmende Menschen, als daß man Deutschland auf die Rolle des armen Verwandten beschränken könnte.“<sup>1</sup> Und wenn alle Staaten außer Deutschland weiterhin ihre Streitfragen wie in der Vergangenheit mit den Waffen regeln könnten, wäre nichts verlockender als der Versuch, diese Massen von Deutschen gegen die anderen Mächte einzusetzen. Eine dauerhafte Niederhaltung Deutschlands inmitten Europas – so die übereinstimmende Meinung des Widerstandes - würde nur erneut Revanche und Rachegefühle herausfordern oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen, Deutschland bliebe stets ein neuralgischer Punkt. Deshalb sei eine europäische Föderation, an die alle Staaten Souveränität in den Bereichen von Außen-, Verteidigungs- sowie Wirtschaftspolitik abgeben würden, die einzig mögliche Lösung des Deutschlandproblems.

Anders hingegen sahen die Nachkriegsplanungen der USA und der Sowjetunion aus. Während der amerikanische Präsident Roosevelt von den künftigen vier Weltpolizisten träumte – USA, Sowjetunion, China und Großbritannien – die allein über Waffen verfügen und die Abrüstung der übrigen Welt kontrollieren sollten, und sein Außenminister Cordell Hull für eine weltumfassende Friedensorganisation eintrat, strebte die Sowjetunion die Wiederherstellung zahlreicher kleiner Nationalstaaten in Europa und die Ausdehnung ihres eigenen Einflussbereiches über Ostmitteleuropa an. In allen diesen Plänen war für den Gedanken einer europäischen Föderation unter Einschluss Deutschlands, wie die Widerstandsgruppen gefordert hatten, keinen Platz.

Das Ergebnis ist bekannt: Nach dem Kriege wurde in Europa das System der souveränen Nationalstaaten wieder hergestellt, und Deutschland wurde – aufgeteilt in vier Besatzungszonen – der alliierten Kontrolle unterstellt. Deutschlands Zukunft war ungewiss. Vor allem Frankreich, der direkte Nachbar Deutschlands, strebte die dauerhafte Entmachtung und Zerstückelung Deutschlands an, um Sicherheit vor dem Nachbarn im Westen zu erlangen. Stichworte hierzu sind: Abtretung linksrheinischer Gebiete sowie des Ruhrgebietes, Annexion des Saarlandes, Aufteilung Rest-Deutschlands in kleine machtlose Einheiten.

---

<sup>1</sup> Francis Gérard: „Was tun mit Deutschland?“, November 1943, in: Walter Lipgens: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945, München 1968, S. 218-222, S. 220

Frankreich konnte diese Politik allerdings nicht längerfristig durchsetzen, da die USA im Zuge des beginnenden Kalten Krieges die Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas als Bollwerk gegen den Kommunismus anstrebten, zudem ein prosperierendes Europa als Handelspartner und Absatzmarkt benötigten. Ausdruck dieser neuen Deutschland- und Europapolitik war der Marshallplan, der auf die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des Kontinents zielte und zu diesem Zwecke die Bildung einer supranationalen europäischen Organisation vorsah. Für die USA war klar, dass Deutschland in diese Organisation einbezogen werden musste; Forscher wie John Gimbel gehen sogar davon aus, dass der Marshallplan allein lanciert wurde, um das Deutschlandproblem zu lösen. Um für Frankreich den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands akzeptabel zu machen, sei, so Gimbel, ein Wiederaufbauprogramm für ganz Europa aufgelegt worden, der deutsche also mit dem europäischen Wiederaufbau verzahnt worden. Frankreich wurde als Kompensation für seine Zustimmung zu einem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands der Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft in Aussicht gestellt, zudem eine Sicherheit durch die Aussicht auf die Errichtung einer umfassenden europäischen Organisation. Manfred Knapp schlussfolgert deshalb: „Im Wasserzeichen der Geburtsurkunde der Bundesrepublik sind deshalb die Buchstaben ERP eingeprägt“. (Knapp in Schröder, S. 53). 1949 kam es zur Gründung eines westdeutschen Staates. Eine starke supranationale europäische Organisation wurde allerdings aufgrund des Widerstandes eine Reihe europäischer Staaten nicht errichtet, die 1948 gegründete OEEC war nur eine lockere intergouvernementale Organisation, die Frankreichs Wunsch nach dauerhafter Sicherheit vor Deutschland nicht gewährleisten konnte. Sicherheit boten lediglich das gleichzeitig mit der Gründung der Bundesrepublik erlassene Besatzungsstatut sowie das Internationale Ruhrstatut. Aufgrund der amerikanischen Politik, die auf eine baldige Wiederaufrichtung Deutschlands zielte, war allerdings abzusehen, dass diese Kontrollmechanismen nicht auf Dauer Bestand haben würden.

Die neue amerikanische Deutschland- und Europapolitik, die von Großbritannien unterstützt wurde, stellte Frankreich vor ein Dilemma: Auf der einen Seite benötigte Frankreich die von den USA angebotenen finanziellen Mittel zum Wiederaufbau des eigenen Landes, zum anderen konnte es sich nicht mit der angestrebten Wiederaufrichtung Deutschlands abfinden. Die Lösung dieses Dilemmas bestand in der festen Einbindung Deutschlands in ein geeintes Europa unter Kontrolle Frankreichs und anderer europäischer Mächte. Dies war die Geburtsstunde des Schumanplanes bzw. der

daraus hervorgegangenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – kurz EGKS.

Den konkreten Anlass dafür bildete die Außenministerkonferenz der drei Westmächte vom 10. bis 13. Mai 1950, auf der auf anglo-amerikanischen Wunsch hin die Aufhebung der Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion sowie eine Lockerung des Besatzungsstatuts beschlossen werden sollten. Die Folgen dieses Vorgehens für Frankreich schilderte der französische Planungskommissar Jean Monnet in einem dramatischen Appell an Außenminister Schuman: „Wirtschaftsaufschwung in Deutschland; deutsches Ausfuhrdumping; Ruf nach Schutzmaßnahmen für die französische Industrie; Stillstand oder Verwässerung der Liberalisierung des Handels; Wiedererstehen der Vorkriegskartelle; unter Umständen Ausrichtung der deutschen Wirtschaft nach Osten als Vorspiel für politische Vereinbarungen; Rückfall Frankreichs in die alten Gleise einer begrenzten und geschützten Produktion. ... Deutschland wird sich schnell entwickeln, und wir werden die deutsche Aufrüstung nicht verhindern können. Frankreich aber wird seinem herkömmlichen Malthusianismus verfallen, und diese Entwicklung wird zwangsläufig zur Folge haben, daß unser Land von der Bildfläche verschwindet.“<sup>2</sup> – soweit Monnet.

Nach Auffassung Monnets konnte die Wiederaufrichtung Frankreichs nicht mehr weitergehen, wenn nicht die Frage der industriellen Produktion Deutschlands und seiner Konkurrenzkapazität schnell eine Regelung finden würde. Da Deutschland über die hochwertige Ruhrkohle verfügte, konnte es Stahl zu einem Preis produzieren, mit dem Frankreich nicht konkurrieren konnte. Frankreich benötigte für seine eigene Stahlproduktion die Ruhrkohle, und es fürchtete, nach Lockerung des Besatzungsstatuts und der Internationalen Ruhrkontrolle nicht mehr zu den gleichen Bedingungen wie Deutschland über diesen Rohstoff verfügen zu können. Deshalb war rasches Handeln angesagt, und Monnet sah die einzige Lösung des Problems in der Bildung einer supranationalen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ein wichtiger Punkt in dem dann von Schuman aufgegriffenen Vorschlag zur Bildung der Kohle- und Stahlgemeinschaft bestand dann auch in dem gleichberechtigten Zugang zu allen Rohstoffen, sprich deutsche Ruhrkohle. In seiner Rede vom 9. Mai 1950 fügte Schuman noch einen anderen Aspekt hinzu: Die

---

<sup>2</sup> Monnet-Memorandum vom 3. Mai 1950, in: EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT 7 (1970), S. 31-32 (von Jean Monnet autorisierte deutsche Übersetzung des Memorandums, das zuerst abgedruckt wurde in: Le Monde, 9. Mai 1970, S. 6).

Zusammenfassung der Kohle- und Stahlproduktion von Deutschland und Frankreich sowie weiterer Länder unter eine Oberste Hohe Behörde würde in Zukunft jeden Krieg nicht nur undenkbar, sondern materiell auch unmöglich machen.

**Karikatur von 1950:** Deutlich wird hier, dass die Sicherheit vor Deutschland eines der treibenden Kräfte für die Lancierung des Schuman-Plans war. Frühere Sicherheitsmaßnahmen (Maginot-Linie) hatten versagt, jetzt sollte Sicherheit durch Einbindung Deutschlands in Europa und enge Zusammenarbeit mit Frankreich gewährleistet werden (Zusammennähen von Deutschland und Frankreich)

Die Lösung des Deutschlandproblems – konkret der wirtschaftlichen und dann zu erwartenden politischen Wiederaufrichtung Deutschlands – hatte somit den ersten Schritt in Richtung der Europäischen Gemeinschaften initiiert. 1951 wurde der EGKS-Vertrag von sechs Staaten unterzeichnet und damit die erste der drei supranationalen Europäischen Gemeinschaften errichtet. Für die Bundesrepublik wiederum bedeutete die gleichberechtigte Aufnahme in die Sechsergemeinschaft einen wichtigen Schritt hin zum Ziel der Erlangung von Gleichberechtigung und Souveränität.

Auch die weiteren Integrationsschritte, d.h. die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und die Errichtung von EWG und Euratom 1958, erwachsen aus dem Wunsch, Deutschland fest in Europa einzubinden und seinen unkontrollierten wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg zu verhindern.

Frankreichs Vorschlag, deutsche Truppen im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufzustellen, war eine Reaktion auf den Ausbruch des Koreakrieges und den Wunsch der USA nach einer Wiederbewaffnung Deutschlands. Das Ansinnen der USA, deutsche Truppen im Rahmen der NATO aufzustellen, war für Frankreich zu diesem Zeitpunkt undenkbar. Auf der anderen Seite hatten die USA finanzielle Zusagen an Frankreich zum Aufbau der eigenen Armee und eine von Frankreich gewünschte stärkere militärische Präsenz der USA auf dem Kontinent davon abhängig gemacht, dass Frankreich der Wiederbewaffnung Deutschlands zustimmte. Aus diesem Dilemma heraus entstand dann der französische Vorschlag zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, an der Deutschland – wenn auch keineswegs gleichberechtigt – teilnehmen würde. Die EVG scheiterte zwar schließlich an Frankreich selbst, aber die gefundene Ersatzlösung, nämlich

Bildung der WEU und Eingliederung deutscher Truppen in die NATO, führte Deutschland ein Stück weiter in die Souveränität und Gleichberechtigung. Im Rahmen der 1954 unterzeichneten Pariser Verträge wurde nicht nur die Aufnahme Deutschlands in die NATO geregelt, zugleich wurde das Besatzungsstatut abgeschafft und wurde der Bundesrepublik mit dem Deutschlandvertrag die – wenn auch noch begrenzte – Souveränität zugestanden. Für Frankreich war diese Lösung nicht zuletzt deshalb akzeptabel, weil Deutschland durch den Integrationsprozess eng in Westeuropa eingebunden war.

Durch die Bildung von EWG und Euratom wurde diese Einbindung und enge Verflechtung der europäischen Staaten weiter verstärkt.

Die Rückführung Deutschlands in den Kreis der europäischen Mächte und die Erlangung von Souveränität und Gleichberechtigung des nach dem Kriege alliierter Kontrolle unterworfenen westdeutschen Staates war durch die Zustimmung zur europäischen Integration möglich geworden. Die Bundesrepublik blieb auch in den folgenden Jahrzehnten eine vehemente Unterstützerin und Förderin des europäischen Integrationsprozesses, was allerdings nicht bedeutete, dass sie auf die Durchsetzung eigener nationaler Interessen verzichtet hätte. – dies zeigte sich beispielsweise bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik. Auf der anderen Seite aber unterstützte sie stets diverse Maßnahmen zur Bildung einer Politischen Union Europas.

Die skizzierte enge Verbindung zwischen europäischer Integration und deutscher Frage wurde wiederum deutlich bei der Entstehung der Europäischen Union durch den Maastrichter Vertrag zu Beginn der 1990er Jahre:

Gespräche über die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion als logische Folgerung aus dem mit der Einheitlichen Europäischen Akte angestrebten Binnenmarktprojekt waren bereits seit dem Ende der 1980er Jahre im Gange. Insbesondere Frankreich unter Staatspräsident Mitterrand strebte eine Wiederaufnahme des früheren, aufgrund unterschiedlicher konzeptioneller Vorstellungen gescheiterten Werner-Planes zur Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion an, um die geld- und währungspolitische Dominanz der deutschen Bundesbank in Westeuropa zu überwinden.

In der Bundesrepublik hingegen stießen die Pläne für eine WWU auf Skepsis und Zurückhaltung, da eine Aufgabe der auf Preisstabilität ausgerichteten, erfolgreichen deutschen Währung zugunsten einer europäischen Währung nicht im deutschen Interesse lag. Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl verfolgte vielmehr das Projekt der Schaffung

einer Politischen Union, erklärte aber aus integrationspolitischen Gründen ihre grundsätzliche Bereitschaft, den Gedanken der Währungsunion weiterzuverfolgen. Seit Ende 1987 wurden von der Europäischen Kommission und den Regierungen einiger EG-Mitgliedstaaten verschiedene Vorschläge dazu erarbeitet. Sehr zum Verdruss der französischen Regierung zögerte die deutsche Regierung allerdings, einen verbindlichen Termin für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Beratung über die weiteren Schritte festzulegen. Erst die zunehmenden Auflösungserscheinungen in Ostdeutschland und der Druck der europäischen Partner auf Deutschland, die innerdeutsche Entwicklung in den europäischen Einigungsprozess einzubetten, führten dazu, dass Kohl nach vorheriger Absprache mit Mitterrand auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Straßburg am 8./9.12.1989 der Einsetzung einer Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion noch vor Ende 1990 zustimmte. Insbesondere Großbritannien unter Thatcher und Frankreich unter Mitterrand sahen der sich abzeichnenden Wiedervereinigung Deutschlands mit gemischten Gefühlen entgegen und hofften, diesen Prozeß noch verhindern oder wenigstens verzögern zu können. Fürchtete Thatcher von einem wiedervereinigten Deutschland eine künftige deutsche Hegemonie in Europa, so glaubte Mitterrand, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das Interesse an einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaften verlieren würde. In der Phase, als die deutsche Wiedervereinigung unvermeidlich schien, verfolgte Frankreich im Grunde seine seit Ende der 1940er Jahre betriebene Deutschlandpolitik weiter, indem es die Einbindung Deutschlands in eine gestärkte Gemeinschaft bzw. Union forcierte und eine Vertiefung des Integrationsprozesses forderte. Und um Mitterrand zu besänftigen oder um ihm entgegenzukommen, machte Kohl eine Reihe von Zugeständnissen in Bezug auf die weitere Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses, die er unter anderen Umständen vermutlich nicht gemacht hätte.<sup>3</sup> Dazu zählten die Zugeständnisse bei der Wirtschafts- und Währungsunion.

**Zwei Karikaturen:** Walter Hanel 1989 und Hanel 1994, die die Ängste Großbritanniens und Frankreichs vor einem wiedervereinigten Deutschland thematisieren.

Im August 1990 (31.8.) erfolgte die politische Einigung der beiden deutschen Staaten in Form eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR „über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ (Einigungsvertrag); in diesem Vertrag enthalten ist zugleich das Bekenntnis

---

<sup>3</sup> Jacques Lévesque: In the name of Europe's future: Soviet, French and British qualms about Kohl's rush to German unification, in: Europe and the end of the Cold War: A reappraisal, ed. By Frédéric Bozo et al, London/new York 2008, S. 95-118

des wiedervereinigten Deutschlands, „durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten...“ (Einigungsvertrag, Präambel, zit. .n. Gasteyger, S. 444). Am 12. September 1990 wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ unterzeichnet, der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, durch den die vier Siegermächte „ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ beendeten. Mit seinem Inkrafttreten am 15. März 1991 hatte Deutschland seine volle Souveränität erlangt. Am 10. Dezember 1991 wurde dann von den Staats- und Regierungschefs der EG der Vertrag über die Europäische Union paraphiert, und am 7. Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern in Maastricht unterzeichnet, somit die EU gegründet.

Das heißt: Der politische Umbruch in Mittel- und Osteuropa sowie vor allem die sich abzeichnende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hatten den bereits in Gang gekommenen Prozess zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschleunigt und auch dem Projekt zur Bildung einer Politischen Union weiteren Auftrieb gegeben. Ohne die sich abzeichnende Wiedervereinigung Deutschlands und somit die Notwendigkeit, erneut die „deutsche Frage“ zu lösen, wäre vermutlich die Europäische Union nicht so zügig und vielleicht auch nicht in der jetzt bestehenden Form gegründet worden. Die Skepsis der Regierung Kohl gegenüber dem Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie auch das Scheitern früherer Versuche zur Bildung einer Währungsunion sprechen für diese Vermutung. Aber ohne Zugeständnisse im europäischen Integrationsprozess wäre die deutsche Wiedervereinigung schwieriger geworden. In seiner Regierungserklärung vom 13.12. 1991 unterstrich Kohl die enge Verbindung von deutscher Frage und europäischer Integration: „Maastricht“ – so Kohl – „ist der Beweis dafür, dass das vereinte Deutschland seine Verantwortung in und für Europa aktiv wahrnimmt und zu dem steht, was wir immer gesagt haben, nämlich dass die deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.“ (zit. nach Müller-Brandeck-Bocquet S. 155)

Mit diesen knappen Ausführungen zur Entwicklung Deutschlands und des europäischen Integrationsprozesses sollte meine Ausgangsfrage nach der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Europa beantwortet sein. Beides, die Entwicklung des westdeutschen Staates hin zu voller Souveränität und die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses bis hin zur Europäischen Union sind untrennbar miteinander verknüpft, das eine wäre ohne das andere so nicht zustande gekommen.

Die Außenpolitik eines Staates wird durch verschiedene Faktoren bestimmt: neben wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Interessen spielen auch Traditionen, Erinnerungen und geschichtliche Entwicklungen – man kann auch sagen, die Identität eines Landes - eine Rolle, alle Faktoren, die eine Kontinuität in der Außenpolitik über alle Parteigrenzen hinweg bewirken. Das heißt in dem konkreten Falle, dass die historisch bedingte, enge Verwobenheit zwischen Bildung eines souveränen westdeutschen Staates und europäischer Integration Teil der bundesdeutschen Identität ist und stets ein Faktor im außenpolitischen Denken und Handeln bundesrepublikanischer Regierungen war und sein wird. Die grundsätzlich positive Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprozeß gehört ebenso wie die deutsch-französische Verbundenheit und die engen Beziehungen zu den USA zu den Kontinuitätslinien bundesdeutscher Politik. Von daher ist davon auszugehen, dass die Bundesrepublik in absehbarer Zeit sich auch weiterhin verpflichtet fühlt, eine grundsätzlich proeuropäische Haltung einzunehmen, d.h. den Integrationsprozess zu fördern, ohne dabei deutsche Interessen zu vernachlässigen. Eine Haltung, wie sie beispielsweise Cameron auf dem letzten EU-Gipfel einnahm, wäre für die Bundesrepublik nicht denkbar. Auch Cameron's Haltung ist Ausdruck einer britischen außenpolitischen Kontinuität und Identität. Wie sagte Churchill schon 1930 „We are with Europe but not of it“.